

Hintergrundinformationen zu Somalia

Die gegenwärtigen internen, regionalen und internationalen Auseinandersetzungen um Somalia sind nicht ohne den geschichtlichen Hintergrund zu verstehen. Bemühungen um eine Lösung sind ohne ein Verständnis der darauf basierenden gegenwärtigen Interessenskonstellationen und Empfindlichkeiten zum Scheitern verurteilt.

1. Somalisches Volk, Kolonialismus, Unabhängigkeit und Nationalismus:

Somalis haben eine lang zurückreichende und ausgeprägte gemeinsame Kultur und Identität. Sie geht zum einen auf ihre gemeinsame Sprache Somali, zum anderen auf ihre starke Zugehörigkeit zum sunnitischen Islam zurück, was sie von den umgebenden Völkern abgrenzt. Aus ihrer traditionellen Gesellschaftsform und Wirtschaftsweise als Viehzüchter und Hirten stammt ihre besondere soziale Organisation in Hauptclans (Isaaq, Darod, Hawiye, Dir, Digil, Rahanweyn) und Subclans.

Sie werden von Ältesten als traditionellen Autoritäten angeführt. Die Clans stellen für ihre Mitglieder politische Referenzgröße und soziales Hilfsnetz dar und verlangen ihnen höchste Loyalität ab. Traditioneller Rivale Somalias war das christliche äthiopische Reich, das immer wieder mit den somalischen Sultanaten um Einfluss kämpfte, sie zu unterwerfen suchte oder unter deren Gegenangriffen litt. Dabei ging es im Wesentlichen um den Zugang Äthiopiens zu Küste und Handelswegen.

Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts kam es infolge des Kolonialismus zu großen Veränderungen und Konflikten am Horn von Afrika. Strategischen Interessen folgend setzten sich zunächst die Franzosen in Französisch-Somaliland (heute Dschibuti), dann die Engländer in ihrem Protektorat British-Somalia (heute Somaliland) und zuletzt die Italiener in Italienisch-Somaliland (dem großen Landstreifen bis nach Kenia, der erst vom italienischen Faschismus in den zwanziger Jahren richtig unterworfen und kolonisiert wurde) fest.

Als damalige regionale Großmacht um 1900 sah sich Äthiopien dadurch veranlasst Westsomalia, seine heutige Region Ogaden, zu okkupieren. Gegen diese verschiedenen Eroberungen gab es seitens der somalischen Bevölkerung heftigen antikolonialen Widerstand, so den über 20 Jahre dauernden, als Derwisch-Widerstand bekannt gewordenen, „Heiligen Krieg“ gegen England und Äthiopien. Er konnte nur mit massivem Einsatz der britischen Luftwaffe 1920 gewonnen werden und kostete einem Drittel der nordsomalischen Bevölkerung das Leben.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, aus dem Frankreich und England als Sieger und Italien als Verlierer hervorgingen, wurde Somalia erneut ohne seine Zustimmung neu unter den West- und den Regionalmächten aufgeteilt: Die Alliierten trafen ein Arrangement mit der äthiopischen Dynastie, zu dem auch ihre Zustimmung zur dauerhaften Angliederung Ogadens an Äthiopien gehörte. Dabei übergangen sie den Protest der Somalis, die 95 Prozent der Bevölkerung in Ogaden stellen.

Dann förderten die Alliierten die Vereinigung der italienischen und englischen Kolonie zu einer unabhängigen Republik Somalia 1960 - gegen Widerstand aus dem Norden Somalias und mit bleibenden Nord-Südspannungen. Die südwestlichsten Gebiete mit muslimischer Somalibe-

völkerung wurden dem neuen Staat Kenia zugeschlagen (Provinzen Mandera, Wajir, Garissa) und die französische Kolonie wurde zum Kleinstaat Dschibuti mit fortgesetzter französischer Truppenpräsenz. Dschibuti stellt heute den strategisch wichtigsten Verkehrszugang Äthiopiens per Eisenbahn zum Meer dar und ist Stützpunkt der 2.000 Mann starken amerikanischen Militärpräsenz „Enduring Freedom“ am Horn von Afrika.

Im Zuge der „Entkolonialisierung“ und Unabhängigkeit Somalias wurden somit willkürlich, das heißt gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung und ohne Berücksichtigung ethnischer oder religiöser Identitäten, politische Gebilde geschaffen, die die weitere Entwicklung und die Konflikte im Lande und der Großregion bis heute beeinflussen.

Seit dieser politischen Neuordnung der Region gab es eine starke nationale pan-somalische Bewegung für die Eingliederung der somalischen Bevölkerungsgebiete von Äthiopien (und später von Kenia) in den neuen somalischen Staat. Das Ziel der Wiedervereinigung wurde Bestandteil der Verfassung und der nationalen Symbole (in der somalischen Flagge waren die fünf Landesteile durch einen fünfzackigen Stern symbolisiert). Dieser Nationalismus wurde auch immer wieder politisch dazu benutzt, um interne Spannungen und Konflikte zu kompensieren.

2. Ost-West-Konkurrenz, Konflikt Somalia-Äthiopien und Folgen

Die „antiimperialistische“ Ablehnung der westlichen Kolonialmächte und der USA (die damals das verhasste äthiopische Kaiserreich stützte und dort einen Militärstützpunkt unterhielt) veranlasste die somalische Regierung zu Zeiten des Kalten Krieges, sich der Unterstützung der Sowjetunion und Chinas zu versichern. Nach dem Niedergang des parlamentarisch-demokratischen Systems infolge Clanfeindschaften und Korruption kam es - ähnlich wie in anderen afrikanischen und arabischen Staaten - über einem Militärputsch 1969 zu einem sozialistisch-autoritären System unter einem Revolutionsrat und Siad Barre als „sozialistischem Führer“. Er identifizierte sich zwar theoretisch mit Marx und Lenin, vergab jedoch entsprechend der traditionellen Gesellschaftsstruktur die strategischen Posten im Staat an seinen und verbündete Clans.

Der Aufbau einer Einheitspartei sowie die Entwicklung von Staatsstrukturen und kollektiver Wirtschaft fügten sich in das theoretisch überwundene „feudale“ Clansystem. Es folgten die Einführung einer lateinischen somalischen Schriftsprache was gemeinhin als Alphabetisierung bezeichnet wird. Tatsächlich wurde aber ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung (arabisch schreibend) zu Analphabeten degradiert – auch dies ein Machtmittel der herrschenden Schicht. Es folgte der Aufbau einer großen modernen Armee (35.000 Mann) - alles mit starker finanzieller Unterstützung durch die UdSSR, die dadurch ihren geostrategischen Einfluss in der Region vergrößern wollte (Flottenstützpunkt Hargeisa).

Schon zu Beginn der Unabhängigkeit hatte Somalia einen erfolglosen Krieg mit Äthiopien um Ogaden geführt. Als auch Versuche der friedlichen Rückgewinnung scheiterten, sah Siad Barre 1977 erneut die Chance, als das neue sozialistische Regime Äthiopiens im Krieg mit der eritreischen Befreiungsbewegung gebunden war: Mit verbündeten Milizen der Western Somalia Liberation Front Ogaden versuchte er, Ogaden militärisch zurückzuerobern. Nach großen Anfangserfolgen kam es zur militärischen Niederlage, als die UdSSR kurzfristig ihre Geopolitik änderte.

Sie ließ Somalia fallen und setzte stattdessen auf das neue sozialistische Regime von Äthiopien unter Mengistu, das sie mit Beratern, Waffen und kubanischen Truppen unterstützte. Äthiopien seinerseits unterstützte die Formierung und Aktivitäten von Oppositions-/Guerrillagruppen in Somalia. Dies alles bewirkte eine politisch-moralische Depression in Somalia und leitete die

Auflösung des Regimes und den politischen Zerfalls ein. Siad Barre brach alle Beziehungen mit der UdSSR ab. Er schwenkte zum Westen über und fand bei den USA und Italien Hilfe. Nachdem Somalia die BRD bei der Befreiung des von der RAF entführten Flugzeuges „Landshut“ in Mogadischu unterstützt hatte, leistete auch die Bundesregierung ab 1977 staatliche Entwicklungshilfe. Die vom Westen strategisch eingesetzte und darum bedingungslose und massive Hilfe machte Somalia in jeder Hinsicht abhängig. In dieser Zeit wurde Somalia unter anderem von einem Getreideselbstversorger zu einem von Nahrungsmittelhilfe abhängigen Land – und blieb es von da an.

Aber die anfänglich starke westliche Hilfe (von der Nahrungsmittelhilfe über Finanzierung des Staatsapparates und Militärhilfe, die die Grundbedürfnisse der Bevölkerung befriedigen half und Staatsapparat und -elite aufblies und alimentierte), wurde gegen Ende des Kalten Krieges rapide geringer – nicht nur weil die Ost-West-Konkurrenz generell abnahm. Das strategische Interesse des Westens ließ auch deshalb nach, weil das sozialistische Regime in Äthiopien durch die westliche Unterstützung interner eritreischer und äthiopischer Befreiungsbewegungen gestürzt werden konnte.

Die ausländische Finanzzufuhr wurde unvorbereitet massiv zurückgefahren und 1988/89 ganz eingestellt. Ohne die Unterstützung von außen aber war der somalische Staat pleite und nicht mehr in der Lage, seine Basisfunktionen auszuüben: Staats- und Militärapparat, öffentliche Dienste und Ordnung zerfielen, das staatliche Gewaltmonopol war nicht mehr aufrecht zu erhalten.

Die Konditionierung der dringend benötigten Weltbank- und IWF-Kredite (Einführung von Marktwirtschaft, Abwertung, Haushaltssanierung) trugen ein Übriges zu diesem Prozess bei. Nachdem Somalia zu Zeiten des Kalten Krieges systematisch von externer Hilfe abhängig gemacht worden war, läutete das Ende des Kalten Krieges das Ende dieser Form von Staatlichkeit ein. Für die Bevölkerung war das Stützen und Fallenlassen ihres Landes zugleich ein Lehrstück über die kalkulierte Instrumentalisierung ihres Landes für die jeweiligen Großmachtinteressen: damals Kalter Krieg, heute Antiterrorkrieg und Antiislamismus.

3. Zerfall und Bürgerkrieg, „humanitäre Intervention“ und Vergessen, Entwicklung des Islamismus und Äthiopien

Die Desintegration Somalias ging nach 1988 rasend schnell voran. Die hochgerüstete, aber von niemandem mehr alimentierte Armee löste sich auf. Sie zerfiel in rivalisierende bewaffnete Milizen, deren Ziel nicht der Kampf um die Macht im Staat, sondern die Sicherung der Clan- und Eigeninteressen angesichts sich auflösender staatlicher Strukturen und Fürsorgeleistungen und mangelnder alternativer Einkommensquellen war. Die Milizen formierten sich meist entlang Clanzugehörigkeiten, oft unter Führung ehemaliger Offiziere. Sie lebten vom Zustrom tausender perspektivloser Jugendlicher, die unter der Führung ihrer Warlords ihre eigenes „Hoheitsgebiet“ eroberten und kontrollierten. Ohne Rücksicht auf Infrastruktur, Besitz, Wirtschaft und Leben der Bevölkerung kämpften die rivalisierenden Gruppen um „ihr Territorium“ um dessen Einkünfte „abzuschöpfen“ und sich damit zu finanzieren (Plünderungen, Entführungen, Schutzgelder, bezahlter Sicherheitsdienste, Zölle).

1991 erklärte sich das nördliche Somaliland formal unabhängig, es folgte das nordöstliche Puntland (zwischen „temporärer Unabhängigkeit“ und föderalem Status), im Süden und in der Mitte Somalias blieb es bei wechselnden und ständig umkämpften Territorien. Niedergang der Landwirtschaft (mehrere Dürren und Überschwemmungen im Süden kamen hinzu) und des

Handels, Hungersnot, Hunderttausende Flüchtlinge und Tote waren die Folgen von Bürgerkrieg und Staatszerfall.

Somalia wurde durch das Drama des „zerfallenden Staates“, in dem der Kampf gesetzesloser Milizen und Warlords es sogar verhinderte, humanitäre Hilfe für die unter einer Hungersnot leidende Bevölkerung zu leisten, 1992 kurzfristig zum Fokus westlicher Medien, Hilfsorganisationen und humanitärer/politischer/militärischer Intervention. Mit einer UN-Militärintervention unter Führung der USA sollte 1992/93 zum einen der humanitäre Zugang für die notleidende Bevölkerung gesichert werden. Zum anderen sollte erstmals diese neue Form der UN-Militärintervention (robustes „peace enforcement“) dem Land wieder zu Frieden und Stabilität verhelfen, die Etablierung solider politischer Strukturen (Polizei, Armee, Justiz), und funktionierender Wirtschaftsstrukturen ermöglichen sowie die Entwaffnung der Milizen durchsetzen.

Dieser Versuch militärischer Erzwingung neuer Staatlichkeit durch der US-Truppen im UN-Auftrag scheiterte kläglich, weil die US/UN-Truppen glaubten, trotz völlig fremden Terrains durch militärische Machtdemonstration die Milizen zur Raison zu bekommen, sich dabei aber hoffnungslos in den Fronten verstrickten und eine exemplarische Niederlage („Black Hawk Down“) hinnehmen mussten. Der schnelle militärische Rückzug der US-Truppen unter UN-Flagge Anfang 1995 mit der Begründung, es stünden keine vitalen nationalen Interessen auf dem Spiel, und mit ihnen der Rückzug der UN- und meisten westlichen Hilfsorganisationen hinterließ Bitterkeit unter der notleidenden und alleingelassenen Bevölkerung. Die nachfolgende Plünderung und Zerstörung des riesigen und aufs Modernste eingerichteten und verlassenem UN-Compound in Mogadischu durch Milizen und andere spricht als Symbol für sich.

In den nachfolgenden Jahren wurde Somalia vom Westen wieder weitgehend vergessen, da es keine größere Gefahr darstellte und ohne strategische Bedeutung war. Man fand sich damit ab, dass es keinen somalischen Staat mehr gab. Die Warlords (einige von ihnen eher Geschäftsleute mit Milizen) bekämpften sich weniger und beruhigten sich zunehmend. Wirtschaft, Landwirtschaft, Handel und soziales Leben reaktivierten sich insbesondere im stabileren Somaliland und Puntland (dort konzentrierte sich die beschränkte ausländische Hilfe aus dem Westen), aber auch im Süden. Die Entstehung von autonomen oder semiautonomen Kleinstaaten unter der Führung der jeweiligen Clan-bezogenen Warlords sah man im Ausland als beruhigende und realistische Alternative. Die Völkergemeinschaft delegierte Verantwortung an die Nachbarländer (IGAD), allen voran Äthiopien, die damit auch ihre Interessen gewährleistet sahen: Somalia als ein nach außen schwaches Gebilde, dessen einzelne rivalisierende Komponenten sie beeinflussen und fernsteuern konnten.

In der Tradition war die somalische Gesellschaft auf einen moderaten Sufi-Islam ausgerichtet, der die Scharia-Gesetze nach dem lokalen Gewohnheitsrecht der Clans abschwächte. Islamistische Organisationen (also Organisationen, die aktiv für eine sozial, politisch und rechtlich ausgerichtete islamische Ordnung werben) wuchsen schon früher unter dem säkularen sozialistischen Regime heran (ähnlich der Muslimbrüderschaften in Ägypten). Wachsende Bedeutung und Anziehung auf die Bevölkerung bekamen Islamismus und islamistische Organisationen in Somalia erst ab den 90er Jahren aufgrund der nationalen Entwicklung, vor allem als Suche nach einer neuen Ordnung angesichts des Bürgerkriegs und des politischen, sozialen und moralischen Verfalls.

Aber auch internationale Einflüsse aus dem islamischen Raum („Heiliger Krieg“ in Afghanistan, Konflikte im Nahen Osten) spielten dabei eine Rolle, zumal man mit dem Nahen Osten wegen seiner großen somalischen Emigrantengemeinde in engem Kontakt stand. Die Bandbreite

islamistischer Organisationen war sehr groß: von Dschihad und Scharia propagierenden Gruppen, über Organisationen des politischen Islams, Missionsgruppen und islamischen Wohlfahrtsorganisationen bis hin zu reformistischen Sufi-Gruppen. Sie stehen untereinander in religiösem Widerspruch und Wettstreit (auch bezüglich Clan-Herkunft), aber hatten zugleich immer viele Verbindungen und Gemeinsamkeiten.

Das machte und macht es westlichen Politikern schwer, sie zeitlich und inhaltlich nach „Gefährlichen“ und „Gemäßigten“ zu klassifizieren. Gemeinsam ist ihnen der Wunsch nach einem Wiederaufbau einer moralisch/politisch im Islam legitimierten Ordnung verbunden mit somalischem Nationalismus, Gegnerschaft zu Äthiopien und Ablehnung der USA. Auf dieser Basis haben sich schrittweise die Scharia-Gerichte ab 1993 entwickelt. Sie dehnten ihre politische und Rechtsordnung mit ihnen untergeordneten Milizen aus und sorgen dadurch für ein gewisses Maß an öffentlicher Ordnung und Sicherheit. Dafür fanden sie in der Zivilgesellschaft und in der Geschäftswelt Anerkennung und Unterstützung.

4. „Neuentdeckung“ Somalias nach dem 11. September 2001/Kampf gegen „Terrorismus und Islamismus“

Nach dem 11. September 2001 wurde das unregierbare Somalia von den USA, die die Welt vor allem unter dem Gesichtspunkt des Antiterrorkampfes zu betrachten und ordnen begannen, wieder als strategisch bedeutsam erkannt. Man sah in dem nicht zentral regierten Land ein unkontrollierbares Rückzugs- und Operationsgebiet für Al-Kaida und seine islamischen Unterstützer. Für diese Sichtweise warben in der Region auch die westlich und christlich orientierten Nachbarn Äthiopien und Kenia. Sie hatten ebenfalls ein strategisches Interesse an der Eindämmung islamistischer Autonomie- oder Separationsbewegungen, da diese ihre Existenz als multiethnische Staaten infrage stellten.

Vor allem Äthiopien, in dem traditionell die Führung bei ihrer christlichen Völkergruppe liegt, sah sich seit längerem durch das Anwachsen des muslimischen Bevölkerungsteils (heute 50 Prozent) und durch islamische Autonomiebewegungen (Oromos, Somalis) bedroht. Dazu kam die Gefahr des Verlustes von Einflussgebieten und die Einkreisung durch feindliche Staaten. Äthiopien hatte seit langem insbesondere den radikalen, salafistischen Flügel, Al Itahaad Al Islami, als Feind im Auge: Er verfügt über clan-übergreifende Zusammensetzung und Verbindungen und war in den frühen 90er Jahren grenzübergreifend unter der somalischen Bevölkerung in den Nachbarländern Äthiopien und Kenia mit islamisch-pansomalischer Zielsetzung aktiv.

Nachdem dieser Flügel Guerillaaktionen und Bombenanschläge zur „Befreiung Ogadens“ in Äthiopien durchgeführt hatte, antwortete man schon 1996 mit massiven Militärschlägen auf deren Trainingslager auf somalischem Boden. Äthiopien sorgte nach dem 11. September 2001 dafür, dass diese Organisation wegen der genannten Aktionen von der USA zur Terrororganisation deklariert wurde. So konnte Äthiopien seine nationalen Interessen mit dem „Global War on Terror“ verknüpfen und daraus seinen Nutzen ziehen.

Im Rahmen der Operation „Enduring Freedom“ (US-Koalitionstruppen und -Flottenverbände in Dschibuti, auch deutsche Schiffe) wurde der See- und Luftraum Somalias überwacht, verdächtiger somalischer Finanzverkehr unterbunden. US-Spezialeinheiten nahmen in Sondereinsätzen Terrorverdächtige auf somalischem Boden fest – Operationen, die offenbar bei der Bevölkerung auf große Ablehnung stießen und den Antiterrorkampf der USA unglaubwürdig machten, da offiziell bis Ende 2006 keine Al Kaida-Mitglieder in Somalia gefunden werden konnten.

Viel wichtiger jedoch war, dass nach Jahren weitgehender politischer und humanitärer Abstinenz die USA und die von ihr geführte Koalition nun wieder eine Notwendigkeit des Eingreifens sahen, um einen „stabilen“ somalischen Staat und Sicherheitsapparat aufzubauen. Erklärtes Ziel war dabei, terroristische Organisationen zu bekämpfen und der Gefahr eines „islamistischen“ Staates entgegen zu wirken. Mit Hilfe der IGAD wurde 2004 eine buntgewürfelte Übergangsregierung (TNG) und ein Übergangsparlament mit Beteiligung vieler Warlords aus der Taufe gehoben und legitimiert.

Die neue Regierung hatte zwar weder Rückhalt noch Ansehen in der Bevölkerung, war dafür aber westlich und antiislamistisch ausgerichtet und hatte vor allem die volle Unterstützung Äthiopiens. Der neue Präsident stammt aus dem mit Äthiopien verbündeten Puntland, die Regierung wurde „provisorisch“ unter dem Schutz verbündeter Milizen und äthiopischer Truppen in Baidoa stationiert. Sie blieb in der Folge unpopulär und war nicht in der Lage, das Land zu versöhnen und zur nationalen Einheit zu führen. Ebenso vermochte sie nicht, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen und der Bevölkerung ein Minimum an ökonomischer und sozialer Sicherheit zu vermitteln und ihre humanitäre Lage zu verbessern.

Den verschiedenen Naturkatastrophen – zuletzt den heftigen Regenfällen im November 2006 – stand sie ohnmächtig gegenüber. Das Land blieb unregierbar, die Übergangsregierung konnte nicht einmal in Mogadischu residieren. Die Kosten der neuen Regierung mit 80 (!) Kabinettsposten und 275 Parlamentariern trägt die UNDP. Um ihre Wichtigkeit oder ihren „Kaufwert“ für die USA zu vergrößern, dramatisierten viele der nach wie vor machtvollen Warlords die Gefahren einer islamistischen Unterwanderung und boten sich zum Kampf gegen den Terrorismus an.

So kam 2006 ein von der USA unterstütztes Bündnis „Allianz für die Wiederherstellung von Frieden und gegen den Terrorismus“ in Mogadischu zustande, dessen Hauptinteresse allerdings Geld und Waffen waren. Die Natur der „Alliance“ selbst oder ihre Unterstützung durch die USA (das lässt sich nur schwer trennen) waren der Erfolgsfaktor für das Erstarren der Islamischen Gerichte. Die US-Geheimdienste unterstützten die Warlords in Mogadischu dafür, dass sie Al Kaida-Verdächtige jagten. Das Ergebnis waren eine Reihe von Kämpfen Anfang 2006, die zum Zusammenbruch der von den USA aufgebauten Allianz und zum Aufstieg der islamischen Gerichte (CCIC) führten.

In der CCIC versammeln sich verschiedene politische und religiöse Interessensgruppen, unter denen die radikalen Dschihadisten eine Minderheit darstellen - wenn auch eine sehr gewichtige. Sie befanden und befinden sich in Dauerspannungen mit der Mehrheit der religiösen Traditionalisten, die ihrer traditionellen somalischen Prägung nach eher einem moderaten Islam angehören und vor allem pragmatisch an der Wiederherstellung eines Minimums an Gesetz und Ordnung interessiert sind. Dass dies den Gerichten – anders als der ohnmächtigen Regierung - auch gelang und sie zudem einige soziale Basisdienste wieder ins Leben rufen sowie so etwas wie Regierbarkeit in Mogadischu und anderen Regionen in den Horizont des Möglichen rückten, begründet ihre breite Akzeptanz in der Bevölkerung, die unter dem Vakuum, das die TNG hinterließ, massiv litt.

Die CCIC konnten ferner gegen die Aktionen der USA und Äthiopiens mühelos erneut die oben bereits erwähnten pan-somalischen nationalistischen Gefühle mobilisieren und sich als einzige authentische Verteidiger somalischer nationaler Interessen gegen die „hegemoniale äthiopische Aggression“ profilieren. Außerdem mobilisierten sie Sympathisanten aus arabischen und muslimischen Ländern. Experten der UN beschuldigen arabische Länder, das Waffenembargo zu

unterlaufen und die Gerichte aufzurüsten. Osama bin Laden sah eine neue Plattform seiner Auseinandersetzung mit den USA und sich veranlasst, den Westen davor zu warnen, Truppen nach Somalia zu schicken.

5. Krieg 2006 und die Folgen

Der Vormarsch der CCIC-Milizen und die Machtübernahme im Sommer 2006 im ganzen Süd- und Mittelsomalia ließ die ohnehin extrem schwache Übergangsregierung zerfallen. Die Ansprüche der CCIC auf alle von Somali besiedelten Gebiete der Nachbarländer, die Zuflucht für äthiopische Rebellengruppen (spätestens seit März 2005) in den von ihr kontrollierten Gebieten und gemeinsame Militäroperationen mit der äthiopischen Ogaden National Liberation Front (ONLF) in Äthiopien im Oktober 2006, taten ein Weiteres, um große Unruhe in der Region, aber auch international hervorzurufen.

Angesichts dieser Entwicklungen gab es intensive Bemühungen der Zivilgesellschaft, allen voran der Religionsgemeinschaften, eine militärische Auseinandersetzung zu vermeiden. Eine ökumenische Somalia-Initiative des Afrikanischen Kirchenrates (AACC) und des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), unter aktiver Beteiligung von 32 Personen aus der Region Horn von Afrika und Partnern aus Europa (unter anderem „Brot für die Welt“), verabschiedete am 25. Oktober 2006 in Nairobi ein Memorandum mit klaren Forderungen für eine Beendigung der Gewalt und Dialog zwischen allen beteiligten Konfliktparteien und politischen Akteuren in der Region. Insbesondere wurde auf die Notwendigkeit eines Dialogs zwischen Muslimen und christlicher Ökumene hingewiesen. Ferner verabschiedete das Nationale Forum der Muslimischen Führer in Kenia (in Anwesenheit kirchlicher Vertreter) am 26. November einen Aufruf an die kenianische Regierung, sich für eine politische Lösung der Krise in Somalia einzusetzen. „Wir werden eine dauerhafte Lösung in Somalia niemals ohne oder gar gegen die Islamischen Gerichte erreichen können“, stellen sie fest. Eine militärische Intervention gegen die Islamischen Gerichte werde die Lage in Somalia und in der weiteren Region nur noch mehr destabilisieren.

Doch genau das geschah: Äthiopien hatte bereits mehr oder weniger offen Militärausbilder und -berater, Waffen und Truppen zur Unterstützung der TNG in Somalia eingeschleust (und Eritrea dasselbe zur Unterstützung der CCIC-Milizen tat), und die TNG sowie Äthiopien hatten Somalia wochenlang als die neue Front im globalen Krieg gegen den Terrorismus denunziert, um Unterstützung in – vor allem – Washington und London zu bekommen. Da griff die internationale Gemeinschaft zugunsten der Nationalen Übergangsregierung ein: Mit der Resolution 1725 beschloss der UN Sicherheitsrat am 6. Dezember 2006 in New York eine militärische Intervention von IGAD Staaten zum Schutz der Nationalen Übergangsregierung (TNG).

Die Nationale Übergangsregierung hatte nach ihrer Einsetzung im Oktober 2004 erfolglos regionale Truppen für ihren Schutz erbeten und war darin Anfang 2005 ebenso erfolglos von den Verteidigungsministern der IGAD und den Staaten der Afrikanischen Union (AU) unterstützt worden. Die USA brachten den Plan einer regionalen Schutztruppe für die Übergangsregierung nach der Zerschlagung der oben erwähnten „Allianz“ wieder auf den Tisch der UN, obwohl das Parlament der Übergangsregierung in Somalia darüber zerstritten war und die Frage die somalische Bevölkerung polarisierte.

Auch IGAD selbst war in dieser Frage mittlerweile gespalten: Die Mitglieder Dschibuti, Sudan und Eritrea sprachen sich gegen eine Schutztruppe aus, in der man unter anderem den verlängerten Arm Äthiopiens sah. Äthiopien, Kenia (schließlich hatte die kenianische Regierung als Gastgeberin und Moderatorin der langwierigen Friedensverhandlungen seinerzeit die TNG mit

aus der Taufe und in den Sattel gehoben) und Uganda waren dafür. Nicht nur wegen der inneren Spaltung der IGAD, sondern auch weil UN-Experten ausdrücklich vor den Risiken, die mit einer regionalen Interventionstruppe verbunden sind, warnten, tat die UN (sogar die britische Regierung!) sich schwer, die von den USA geforderte Entsendung einer afrikanischen Friedensunterstützungsmission (peace support operation) nach Somalia zu beschließen.

Die Sorge, dass eine solche UN Resolution die Gräben im Land und in der Region vertiefen und die Ablehnung der TNG im eigenen Land als Marionette externer Interessen verstärken würde und dass sie als Trick der äthiopischen Regierung wahrgenommen würde, ihre militärische Intervention in Somalia zu legitimieren, war zu groß. Erst als den unmittelbaren Nachbarstaaten Dschibuti, Kenia und Äthiopien untersagt wurde, sich daran zu beteiligen, fand die UN-Resolution auch bei IGAD und dann international Zustimmung.

Wesentliche Ziele der beschlossenen Operation waren die Unterstützung der TNG, die Verhinderung weiterer Machtgewinne der CCIC und die Überwachung der Umsetzung von Vereinbarungen zwischen den beiden Seiten. Damit machten sich die IGAD, die USA und die UN zur Partei. Und so wurde auch umgekehrt die CCIC zum strategischen Widersacher US-amerikanischer Interessen gemacht. Der schwelende Regionalkonflikt mit historisch globalen Wurzeln wurde wieder (wie seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr) zu einem akuten Globalproblem. Art und Weise des neuerlichen Engagements der USA im Zuge des ‚Global War on Terrorism‘ seit 2005 haben unmittelbar das befördert, was zu bekämpfen sie angetreten waren: einen Kumulationspunkt militanten islamistischen Engagements und eine islamistische somalische und internationale Front gegen den Westen/die USA in Afrika.

Dies erleichterte und erleichtert es den militanten Kräften im CCIC, Finanzmittel und Kämpfer aus einem großen Pool anti-amerikanischer und anti-westlicher Kräfte für die Auseinandersetzungen zu mobilisieren – nicht nur während des unmittelbaren Kriegsgeschehens auf somalischem Boden, sondern vermutlich auch nach dem taktisch begründeten Rückzug der CCIC-Milizen aus den Kriegsgebieten in Somalia. Diese Unterstützung wird ihnen eine Neuformierung, Wiederaufrüstung und neue, andere Formen militärischer Auseinandersetzungen mit Äthiopien und der TNG ermöglichen, obgleich sie im eigenen Land in den letzten Wochen des Jahres 2006 durchaus wieder etwas an Popularität verloren hatten.

In diesen Wochen hatten sich Vorfälle gewalttätiger islamistischer „Rechtssprechung“ gehäuft, als sich unter dem Druck von Äthiopien und den USA immer mehr die Fundamentalisten innerhalb der CCIC profilieren konnten. Öffentliche Hinrichtungen wegen kleinster Vergehen, das Verbot von Kat, einer weitverbreiteten milden Droge, und andere Einschränkungen ließen einen Teil der Bevölkerung ernüchert zurück. Dies erklärt teilweise auch die geringe Beteiligung der Bevölkerung am Widerstand gegen einrückende Truppen der TNG und Äthiopiens.

Die UN-Resolution 1725 hat die in zwei Runden in Khartum erfolgreich begonnenen Verhandlungen zwischen der TNG und dem CCIC beendet. Diese Verhandlungen hatten die Möglichkeiten für beide Seiten, sich auf eine friedliche Lösung einzulassen, ausgelotet und erweitert, und hätten einen Krieg vermeiden helfen können. Beiden Seiten hat sie stattdessen die Legitimation und Munition für eine militärische Lösung geliefert - und damit auch die Militanten in der CCIC gestärkt. Die CCIC konnte nun mühelos Sympathien und Aktivisten im gesamten islamischen Raum mobilisieren, indem sie sich als Opfer äthiopischer christlicher Hegemonialinteressen und westlicher „Islamophobie“ darstellten.

Damit war die Lunte gelegt: Unmittelbar danach eskalierte der Krieg in Somalia. Am 8. Dezember 2006 begannen erste heftige Kämpfe zwischen den CCIC-Milizen und Milizen der TNG bei

Dinsoor in Südsomalia, die sich auf andere Regionen ausweiteten. Das Eingreifen äthiopischer Truppen – mit aufklärerischer Unterstützung durch die USA – wendete das Kriegsgeschehen zügig zugunsten der TNG. Gegen die totale militärische Übermacht zogen sich die Milizen kampfund nahezu verlustlos in unwegsame Regionen in Somalia und Kenia zurück. Die zwischen TNG und CCIC für Mitte Dezember verabredete dritte Gesprächsrunde wurde vom äthiopischen Truppeneinsatz „erübrigt“, der nicht durch die Resolution abgedeckt war, aber durch sie ermutigt wurde.

6. Globaler Krieg gegen den Terror versus Frieden für die Region?

Die CCIC-Milizen sind aus den von ihnen kontrollierten Gebieten vertrieben und der Waffengang auf somalischem Boden um die Macht in Somalia ist für das erste beendet. Nicht beendet ist der globale „Krieg gegen den Terror“ auf somalischem Boden: Zur grenzübergreifenden Verfolgung islamischer Führer durch Spezialkräfte der Seeflotte und Luftstreitkräfte von „Enduring Freedom“ ist die USA hinter dem kleinen Waffenbruder Äthiopien wieder hervorgetreten und handelt selbst ohne Kriegserklärung oder rechtliche Grundlage direkt auf fremdem Boden.

Der nationale und regionale Konflikt ist aber keineswegs in irgendeiner zukunftsfähigen Form gelöst: 15.000 bis 20.000 äthiopische Soldaten stehen nach wie vor in Somalia und stoßen auf die geballte Ablehnung der Bevölkerung. Sie stützen die unter anderem aus ehemaligen Warlords und Vertrauensträgern der USA gebildete Regierung (stellvertretender Ministerpräsident und zugleich Innenminister ist der Warlord Hussein Aidid, nationalisierter US-Bürger und langjähriges Mitglied des US-Marinecorps), die ohne diese Unterstützung nicht überlebensfähig ist und aufgrund ihrer engen Allianz mit Äthiopien und den USA endgültig die Unterstützung der Bevölkerungsmehrheit verloren hat.

Das Land ist ohne fremde Truppenpräsenz noch weniger regierungsfähig als zuvor. Die Sicherheitslage im umfassenden Sinne ist für das somalische Volk nicht besser geworden, sondern hat sich gegenüber der Zeit der Herrschaft der Gerichte wieder verschlechtert. Eine nationale Versöhnung und Einheit ist in weite Ferne gerückt, die Unterstützung islamistischer Kreise und Eritreas für muslimische Rebellengruppen in den Nachbarländern Somalias geht weiter. Sie wird vermutlich zentraler Bestandteil der angekündigten neuen Kriegsführung der CCIC und ihrer Verbündeten sein. Und die internationale Konfrontation zwischen Islamisten und USA und ihren Verbündeten im Gefolge des Kampfes gegen den Terrorismus hat nach Afghanistan und Irak ein neues Mobilisierungsfeld in Afrika erhalten.

Friedensverhandlungen über tragfähige regionale Lösungen, die die umfassenden Sicherheitsbedürfnisse aller Länder in der Region, vor allem aber aller Bürger Somalias berücksichtigen, sind mithin drängender denn zuvor. Indem sie sich zur Konfliktpartei gemacht haben, können IGAD und UN dabei nur noch eine begrenzte Vermittlerrolle spielen. Eine größere Chance, die TNG und die CCIC zu ernsthaften Verhandlungen zu bewegen und einen Friedensprozess einzuleiten, der die Interessen der gesamten Region angemessen im Auge behält, könnte die Arabische Liga gemeinsam mit der AU haben.

Dabei wird kein Weg am Abzug der äthiopischen Truppen und an einem Dialog mit islamischen Kräften der Region vorbeiführen. Beides dürfte jedoch kaum den Vorstellungen und dem in dieser gegenwärtigen Phase des offen zum ‚Global War on Terrorism‘ transformierten Konflikt weiter aufgebauten Feindbild der USA entsprechen: sie setzt den Rat der islamischen Gerichte nun in seiner ganzen Breite praktisch mit Terroristen und Al Kaida gleich, während sie zuvor noch zu etwas Differenzierung bereit war.

Auch ist ein schneller Abzug der Armee Äthiopiens schwer vorstellbar, weil die USA in ihrem Schatten und mit ihrer Unterstützung operieren, und die Regierung völlig von ihnen abhängt: Sie hat keine sichere und öffentlich anerkannte Armee und internationaler Ersatz wird schwierig zu finden sein, weil US- und EU-Truppen vermutlich daran nicht teilnehmen werden und die afrikanischen und asiatischen Länder das gefährliche Konfliktpotenzial Somalias einzuschätzen wissen: bis jetzt hat nur Uganda unter Konditionen zugestimmt, will aber nicht die Führung übernehmen. Ob die EU bereit ist, diese Truppe mit zu finanzieren, ist eine weitere Frage.

Von der angekündigten zwangsweisen Durchsetzung der Entwaffnung musste die Regierung bereits Abstand nehmen. Jetzt, wie in den Jahren zuvor, kann sie nicht wirklich gegen Warlords vorgehen, weil ihre Machtbasis auf der Kooperation und Absprachen mit ihnen aufbaut. Ein Aufruf zur definitiven Ablieferung aller Waffen wurde in Mogadischu erfolglos abgebrochen, weil niemand angesichts der erneut erstarkten Warlords und der damit einhergehenden Plünderungen und Überfälle und angesichts der äthiopischen Truppen im Land seine Waffen freiwillig abgeben will. Es wäre allerdings ein bedeutsamer Schritt, wenn die UN stärker auf der Einhaltung des internationalen Waffenembargos bestehen und geeignete Mechanismen zu dessen Einhaltung schaffen würde. Schon lange verdienen Waffenhändler und -schieber – nicht nur aus der islamischen, sondern auch aus der westlichen Welt – sehr gut am Konflikt in und um Somalia.

Die Islamisten werden für ihre – wie auch immer geartete – neue Strategie (vermutlich in Anlehnung an die Terrorattacken in Afghanistan und Irak) nicht nur auf Unterstützung aus der arabisch-islamischen Welt, sondern auch auf Unterstützung des somalischen Nationalismus zählen können, solange die verhassten äthiopischen Truppen auf somalischem Boden stehen und die Amerikaner im Land operieren. Erste Proteste und Angriffe gegen die äthiopischen Truppen werden sicherlich zunehmen und das Muster Afghanistans und Iraks nachahmen. Ebenso ist vorhersehbar, dass zwischenstaatliche humanitäre Hilfe, sofern und da sie durch die UN-Organisationen abgewickelt wird, Ziel von Angriffen wird, da sich die UN direkt auf Seiten der Regierung und der USA positioniert haben.

Die „Nachkriegssituation“ gleicht – mit Ausnahme der Tatsache, dass in Somalia, sofern es die nationalen Konflikte betrifft, nicht die USA, sondern Äthiopien an ihrer Statt interveniert haben – in vielerlei Hinsicht den Situationen im „Nachkriegs-Afghanistan“ und im „Nachkriegs-Irak“. Sie könnte sich aber als noch schwieriger für die internationale Gemeinschaft herausstellen.

Um so notwendiger dürften Vermittlungs- und Friedensbemühungen der Religionsgemeinschaften in der Region sein. Nur eine Stärkung ziviler Friedenskräfte und der Aufbau einer Zivilgesellschaft im Land wird dauerhaft dazu beitragen können, eine Machtbalance im Land zu schaffen, die zur Versöhnung der Gesellschaft und zum Aufbau neuer politischer Strukturen führen, die der Bevölkerung ökonomische und politische Zukunftsperspektiven eröffnen. Die internationale Gemeinschaft sollte solche Pläne der Somalis ernst nehmen und unterstützen, ohne neue strategische Bindungen oder eigene Interessen und Konzepte damit zu verbinden. Es wäre an der Zeit, sich von solchen, militärisch dominierten Phantasien zu befreien und den mühsamen und langwierigen Gang politischer Verhandlungsschritte unter Beteiligung Aller einzuschlagen.

Januar 2007